

## Pressemitteilung

02.09.2011

Astrid Vockert zu den Kreisel-Vorwürfen von UKA und SPD:

„Bodenlose Frechheit und bössartige Beleidigung“

„In aller Schärfe“ weist die CDU-Landtagsabgeordnete Astrid Vockert die jüngsten Vorwürfe des Unabhängigen kommunalpolitischen Arbeitskreises (UKA) und des SPD-Politikers Hese mann in Sachen „Hamberger Kreisel“ zurück. Es sei eine „bodenlose Frechheit und bössartige Beleidigung“, wenn ihr unterstellt werde, dass sie und die Landesregierung erst dann reagierten wollten, wenn Opfer im Straßenverkehr zu beklagen seien.

Astrid Vockert: „UKA und SPD müssen endlich zur Kenntnis nehmen, dass das Land Verkehrskreisel nur dann finanzieren kann, wenn sie einen Unfallschwerpunkt entschärfen können. Für den Begriff des Unfallschwerpunktes gibt es klare verkehrswissenschaftliche und verwaltungstechnische Kriterien, die auch schon zu Zeiten von SPD-Landesregierungen gültig waren.“

Weil diese Kriterien in Hambergen aufgrund der dortigen Unfallzahlen nicht erfüllt würden, seien dem Land Niedersachsen die Hände gebunden, so die Abgeordnete.

Astrid Vockert fährt fort: „Bei der Frage, ob es für einen Kreisel Geld vom Land gibt, kann es nicht darum gehen, in welcher Kommune am lautesten Ängste geschürt werden, so wie das jetzt UKA und die SPD in Hambergen versuchen. Vielmehr müssen an jeden Einzelfall objektive Maßstäbe angelegt werden, kurzum: Unfallschwerpunkt ja oder nein.“

Natürlich wäre ein vom Land finanzierter Verkehrskreisel in Hambergen wünschenswert, meint Astrid Vockert. Aber angesichts der Situation der Öffentlichen Haushalte müsse die Landesregierung Schwerpunkte setzen – „eine SPD- geführte Landesregierung müsste das genauso tun“.

Erforderlich sei eine Konzentration auf die nachgewiesenen Unfallschwerpunkte in unserem Bundesland: „Schließlich leben dort überall Menschen, deren Leben und Gesundheit geschützt werden müssen.“ Wollen UKA und der SPD-Politiker Hese mann sich etwa in die Verantwortung dafür nehmen lassen, dass in anderen Ortschaften, wo ein Unfallschwerpunkt ist, Menschen wahrscheinlich eher zu Schaden kommen, weil hier kein Kreisel gebaut werden kann, wenn Hambergen vorgezo gen werden würde?

Dass vom Land vorläufig keine Mittel für den Hamberger Krei sel erwartet werden könnten, bedeute jedoch nicht zwangsläu fig, dass dieses Projekt abgehakt werden müsse, so Astrid Vo ckert. In diesem Zusammenhang spricht sie mögliches finan zielles Engagement von Privatpersonen und Unternehmern an, das auch nach den Vorstellungen der Hamberger CDU-Fraktion geprüft werden soll.

Die CDU-Landtagsabgeordnete: „Es ist sehr schade, dass UKA und SPD diesen Finanzierung-Ansatz von vornherein ins Lä cherliche ziehen und stattdessen weiterhin so tun, als wenn Kommunalpolitik ein Wunschkonzert wäre.“

In der Kommunalpolitik seien hingegen phantasievolle und pragmatische Ideen gefragt: „Immer nur nach dem Staat und seinen Finanzspritzen zu rufen, das ist mir zu simpel und ent spricht auch nicht dem grünen Lieblingsbegriff der Nachhaltig keit.“

Nach Auffassung von Astrid Vockert wären UKA und SPD viel besser beraten, wenn sie sich die positiven niedersächsischen Beispiele wie etwa aus Gnarrenburg und Harsefeld zum Vorbild

nehmen würden, bei denen Verkehrskreisel durch den finanziellen Einsatz von Privatpersonen und Unternehmern realisiert werden konnten. Der Appell der christdemokratischen Politikerin: „Lassen Sie uns zumindest einmal ernsthaft darüber reden!“